

# Fristenlösungsinitiative - ade!

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen**

Band (Jahr): **9 (1983)**

Heft 2

PDF erstellt am: **14.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-359888>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

af. Die sozialistische Regierung Spaniens will ein Wahlversprechen einlösen und dem Parlament eine Gesetzesvorlage zur Reform des Abtreibungsverbot vorlegen. Die Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs soll allerdings nur unter folgenden Bedingungen garantiert sein: Wenn das Leben der Mutter in Gefahr ist, wenn die Mutter das Opfer einer Vergewaltigung war oder wenn man befürchten muss, dass das Kind körperlich oder geistig behindert zur Welt kommen würde.

Bisher ist in Spanien die Abtreibung unter allen Umständen strafbar. Diese Regelung geht auf Francos Gesetzgebung von 1944 zurück. Nach offiziellen Schätzungen treiben allerdings jährlich über 300 000 Frauen illegal und unter entsprechend gefährlichen Umständen ab.

Der von den Sozialisten vorgelegte Gesetzesentwurf geht viel weniger weit als der 1982 von der KP eingereichte Vorschlag. Die Kommunisten schlossen auch soziale Härtefälle in ihrem Liberalisierungsvorschlag ein, den sie allerdings wieder zurückzogen, weil alle anderen Parteien dagegen waren und er darum keinerlei Chancen hatte.

## Liberalisierung der Abtreibung in Spanien?



*Frauendemonstration für die Liberalisierung der Abtreibung vor dem Regierungssitz. Den spanischen Feministinnen geht der Gesetzesvorschlag der Regierung zu wenig weit. Sie forderten "Recht auf Abtreibung – wir gebären, wir entscheiden!"*

## Fristenlösungsinitiative – Ade!

Am 24. Januar 1983 fand in Bern die letzte Sitzung des nationalen Komitees für eine neue Fristenlösungsinitiative statt. Die letzte Sitzung, weil an diesem Treffen beschlossen wurde, mangels genügender Beteiligung, d.h. zu schmaler Basis keine neue Initiative zu lancieren. Stattdessen wurde beschlossen, gemeinsam gegen 'Recht auf Leben' zu kämpfen. Der Fall war bald klar: nach einer ersten Umfrage, wer nun doch mitlancieren werde, und dem Nein der SPS und der FDP wurde ohne Umschweife festgestellt, dass der Enthusiasmus doch nicht so gross sei und auf eine Lancierung verzichtet werde. Bald wurde zudem auch folgendes klar: die FDP will eine Fristenlösungsinitiative erst nach der Abstimmung über 'Recht auf Leben', d.h. Ende 84 oder Anfangs 85 und solange soll vorerst gegen diese Vorlage gekämpft werden.

Eine Einschätzung der über ein Jahr dauernden Verhandlungen über eine neue Schwangerschaftsabbruchinitiative kann stark verkürzt etwa so lauten: lange wurde diskutiert, eine tragfähige Minderheit für eine Fristenlösung mit Krankenkasse übergangen und die übrig bleibende Mehrheit (!) war schliesslich nicht fähig, die Initiative zu lancieren. Doch wie kam es dazu? Meiner Ansicht nach hat sich die Taktiererei und Paktiererei der übrigge-

bliebenen Parteien nicht gelohnt, weil am Ende keine Partei ohne die Zusicherung der anderen ihr definitives Ja-Wort zu einer Lancierung geben sollte. Ausdruck dieser Manöver sind als Beispiel die mindestens letzten drei Sitzungen an denen jeweils um definitive Zusagen gerungen wurde.

Das Verhalten der OFRA in der ganzen Diskussion war wohl eines der konkretesten. Wir haben von Anfang an unsere Position immer klar zum Ausdruck gebracht: grundsätzlich für eine Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs, doch wären wir bereit gewesen, eine Fristenlösung mit Krankenkasse mitzutragen. Die langen 'Verhandlungen in Bern' haben dazu geführt, dass wir uns über ein Jahr lang sehr intensiv mit dem Schwangerschaftsabbruch beschäftigt haben und – dies ist das wesentliche – vor allem mit Fragen, die uns von aussen aufgezwungen worden sind.

So erscheint es mir jetzt wichtig, dass wir uns mit derselben Kraft und Intensität unserer Initiative, der Initiative für einen wirksamen Mutterschutz, zuwenden. Sie soll ja bekanntlich noch dieses Jahr in den Räten behandelt werden und der Abstimmungskampf steht auch nicht mehr in allzu weiter Entfernung.

Aufgrund der angekündigten Gesetzesreform der regierenden Sozialisten hat sich in Spanien bereits eine breite Opposition aus kirchlichen und konservativen Kreisen gebildet. Die konservative 'Volksallianz' von Manuel Fraga Iribarne als grösste Oppositionspartei und die katholische Kirche lehnen jegliche Liberalisierung des Abtreibungsverbot vehement ab. Zur Verhinderung des Gesetzes haben sie bereits damit gedroht, 500 000 Unterschriften zu sammeln und ein Referendum zu beantragen. Im Parlament kann die 'Volksallianz' nichts ausrichten, denn die Sozialisten haben doppelt so viele Abgeordnete und können ihr Gesetz mit absoluter Mehrheit durchbringen.

Die konservativen Kräfte verfügen allerdings wie überall über einflussreiche Mittel, vor allem wenn sie von der katholischen Kirche offiziell unterstützt werden. Die spanische Bischofskonferenz will ihre Haltung Ende Februar bekannt geben. Viele Bischöfe zögern noch, das von den Sozialisten vorgeschlagene Gesetz öffentlich zu verurteilen, denn die Niederlage der italienischen Kirche in der Abtreibungsfrage ist noch allzu frisch. Das italienische Volk hat den Schwangerschaftsabbruch trotz massivem Widerstand der Kirche 1981 legalisiert. Das Referendum dagegen wurde mit grossem Mehr in der Volksabstimmung verworfen.